

Nießauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

ausgegeben: Tageblatt Niesa.
Blatt-Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Niesa, sowie des Gemeindevorstandes Gröba.

Postleitzettel: Leipzig 21200.
Girofaz. Niesa Nr. 52.

15.-78.

Mittwoch, 30. März 1921, abends.

74. Jahrg.

Bei diesem Tageblatt erscheint jeder Tag abends 1,6 Mark mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugssatz, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung im Postbüro monatlich 4,10 Mark ohne Zusatzgebühr. Abreihen bis die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Werbe für 100 Mark an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Post für das ab dem zweiten 3 am Verteilungsbüro (7 Seiten) 1,10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zulässiger und tatsächlich nur 10% erzielbar. Nachporto- und Versandgebühren 20 bis 30 Pf. pro Seite extra. Gewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfüllt, durch Stempel eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Aussicht steht. Siedlung- und Gründungsbeitrag: Niesa. Verschwindende Unterhaltungsbeiträge, Gründung an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Friede oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Dienstes der Gründung, der Siedlung oder der Selbstverwaltungseinrichtungen — hat der Geheimer Dienst Auftrag auf Auflösung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Herausgeber und Verlag: Banger & Winterschläfle, Niesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Berantwortet für Mediation: Arthur Höhnel, Niesa; für Anzeigenteile: Wilhelm Dittrich, Niesa.

Lebensmittelverteilung.

Zu den Wochen vom 28. März bis 3. April 1921 und zwar vom 30. März 1921
sind folgen auf Abschluß 149 herzöge und grüne Nahrungsmittelkarte I
je 250 gr. Stück

zu Verteilung kommen.

Der Preis beträgt für den Stück für das Pfund 1,50 M.

Die Entnahme hat bis spätestens den 6. April 1921 zu erfolgen.

Großenhain, am 29. März 1921.

Der Kommunalverband.

Bekanntmachung

über den Steuerabzug vom Arbeitsschein.

Bei der Verwendung der Steuermarken für die ersten, im neuen Steuerjahr (1. April 1921 bis 31. März 1922) vom Vater, Gehalt oder Studiengehalt für die Einkommensteuer einbehalteten Beträge hat der Arbeitgeber oder die aufzuhaltende Kasse in der Steuerkarte bei Arbeitnehmern ein neues Blatt anzufügen und dieses mit der Überschrift: „Steuerjahr 1921“ zu versehen.

Werden die einbehalteten Beträge vom Arbeitgeber unmittelbar an die Stadt- oder Ortsteilsteuerabnahme abgeführt, so ist auf den Nachweisen der Vermerk: „Steuerjahr 1921“ anzuordnen.

Niesa, am 29. März 1921.

Das Finanzamt. R.

Bekanntmachung.

Nachdem der VI. Nachtrag zu unserer Sparkassenordnung die oberbehördliche Genehmigung gefunden hat, bringen wir ihn hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Der Rat der Stadt Niesa, am 29. März 1921.

VI. Nachtrag

zur Sparkassenordnung der Stadt Niesa vom 27. Februar 1905.

§ 21. I erhält unter Ziffer 7 folgenden Bulak:

7. in Vorleben an Fernsprechstellennehmer gegen Abtretung der Ihnen aus der Einziehung des Fernsprechbeitrags nach § 3 IX des Reichsgesetzes vom 6. Mai 1920, betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren, an das Reich zustehenden Forderung auf Rückzahlung des Beitrages und dessen jährliche Verzinsung zu 4 Prozent.

II.

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 15. September 1920 ab in Kraft.

Niesa, den 28. Februar 1921.

Rat.

Der Rat der Stadt Niesa.

De Scheider, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

L. S. Günther, Vorsteher.

429 II.

Es wird bestätigt, dass das Ministerium des Innern den vorstehenden VI. Nachtrag zur Sparkassenordnung der Stadt Niesa genehmigt hat.

Dresden, den 12. März 1921.

Die Kreishauptmannschaft.

L. S. Dr. Weißwange.

R.

Am 26. März 1921 ist ein schwarzer Spiegel ohne Steuermarke eingehangen worden. Er ist innerhalb 3 Tagen abzuholen, andernfalls anderweitig über das Tier verfügt wird.

Der Rat der Stadt Niesa, am 30. März 1921.

R.

Zwecks Unterstützung der Jugendpflege sind im Staatshaushaltsetat Mittel zur Verfügung gestellt worden, die sowohl zur Förderung der schulentlassenen männlichen als auch der schulentlassenen weiblichen Jugend bestimmt sind.

Schulden um Unterstützung zu dem genannten Zweck sind von den Bezirks- und

Die Polizeiaktion.

Eine rechtstrebende Störerbande schreibt:
Der amtliche Ausdruck für die Unterdrückung der Kommunistenaufstände im Reich ist „Polizeiaktion“. Dieses Wortes bedienen sich auch der Staatskommissar zur Beauftragung Mitteldeutschlands, Oberpräsident Hörzing, und der preußische Innenminister Severing. Durch diesen mittleren Ausdruck soll angegedeutet werden, dass Reichswehr noch nicht eingesetzt zu werden brauchte, und das es sich um die Unterdrückung einer Bewegung handelt, die keine ernste Gefahr für die Sicherung des Reiches bedeutet. Für den verschärften Schutz, den über Mitteldeutschland zu verhängen man doch für angebracht hält, wählt man die Bezeichnung „nicht-militärischer Ausnahmestand“. All diesem liegt das Bestreben zu Grunde, den Charakter der Bewegung als nicht allzu ernst erscheinen zu lassen. Es ist gewiss richtig, nicht nur die Kerren zu behalten, sondern auch noch außen hin zu zeigen, dass man sich als Herren der Lage fühlt. Dadurch möglicht man den ordnungsliebenden Elementen Ruhe und Vertrauen ein und verbündet manchen schwankenden Geist, sich an törichten und verderblichen Aktionen zu beteiligen. Bedenklich mit solche milde Bedeutung der Bezeichnisse und der Lage aber, wenn sie dazu dienen soll, eine kommende Weide vorzubereiten. Wie verlautet, sinkt an vielen Stellen der Front Gefangene gemacht worden. Allein im Leunaer und der Schoppo gelangt über 1000 Angehörige der „Roten Armee“ in die Hände gefallen. Die Reichsregierung schenkt es erstaunlicherweise entschlossen zu haben, zur Sicherung dieser Landstreitkräfte Sondergerichtshöfe ins Leben zu rufen. Wie man hört, ist man in vielen der Reichsregierung seit entschlossen, keine Anstrengung zu erlassen, sondern gegenüber den Banditen, denen im Kampf um vorgebliche Freiheit das Leben von Soldaten nichts gilt, ein Beispiel zu statuieren, das manchen jugendlichen Soldaten und Gemeindegliedern zu zugänglich und leichtigen Anlass geben könnte. — Nach außen hin den Glauben zu erwecken, als handle es sich bei den Unruhen in Mittel-, West- und Norddeutschland um bedeutungslose Auseinandersetzung, ist weder möglich noch entspricht es den Tatsachen. Die zahlreichen Vertreter des Verbands, die sich in Deutschland aufzuhalten, werden sicher nicht durch die milde Bezeichnung, welche das amtliche Deutschland für die Bewegung wählt, über den wahren Charakter der Unruhen getäuscht. Das beweist schon der Umstand, dass die Verbandsvertreter der deutschen Schule im neuzeitlichen reichsdeutschen Gebiet die Waffen übergegeben haben. Schon augerichtet erinnert die Lage an die Zeit vor zwei Jahren, als Kaiserreich in vielen Teilen Deutschlands um die Macht kämpfte. Auch heute ist das Regierungssitz in der Wilhelmstraße zu Berlin, im Norden an der Straße Kaiser-Wilhelm und im Süden an Wilhelmstraße mit „sozialen“ und „revolutionären“

bem Stacheldraht gesperrt, obwohl Berlin nach dem Attentat auf die in jeder Beziehung historische Siegesallee bisher „nur“ einen mißlückten Anschlag auf eine Eisenbahnbrücke und eine Schieferei im Osten der Stadt erlebt hat.

Nur vollendete Blindheit kann erkennen, dass es sich bei den Unruhen in Thüringen, Sachsen, Hamburg, im Rheinlande und — in geringerem Grade — auch in anderen Teilen des Reiches um eine gefährliche politische Bewegung handelt. Die Flamme selbst stammt zweifellos aus Mosau, die Nahrung, die das Feuer bei uns findet, ist dagegen inländischer Herkunft. Das zweifelhafteste Verdienst, den Brennstoff im Innern vorbereitet zu haben, dürfte der Weltpolitiker, die in London den Feldzug gegen die Bernikunt proklamierten, für sich in Anspruch nehmen. Die wirtschaftliche Abtrennung des Rheinlandes vom Reich und die Verhöhung des 50-prozentigen Strafzolls (zu deutsch: Waffenherrd) haben die Gewerkschaftslosigkeit in Deutschland erheblich gesteigert und damit Wirklichkeit für die rote Armee geworben, als die jüngsten Aufrufe des Räuberhauptmanns Eisner und anderer Bandenführer. Die verdeckten Anschläge auf Eisenbahnen in zwischen der preußischen und der Reichsregierung vollkommenen Einvernehmen. Ein Eingreifen von Reichswehr bat bisher nicht stattgefunden, da es sich um eine reine Polizeiaktion handelt. Es sind jedoch alle Vorbereitungen für das Einschießen von Reichswehr getroffen worden, falls die Polizeitruppe für die Unterdrückung der Aufstände nicht mehr genügen sollten. Wie aber versichert wird, ist die preußische Regierung fest überzeugt, dass der kommunistische Aufstand kurz vor dem Zusammenbruch steht. In Mitteldeutschland sind bisher im ganzen etwa 1400 Ausländer festgenommen worden.

Aufzehr, Sprengstoffvergabe, Bewaffnungen usw.) nach einem in dieser Verordnung im einzelnen geregelten vereinfachten Strafprozeßverfahren aburteilen, sind durch den Reichsjustizminister sofort berufen worden und werden in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

In der Frage der Unterdrückung der kommunistischen Unruhen besteht, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, zwischen der preußischen und der Reichsregierung vollkommenes Einvernehmen. Ein Eingreifen von Reichswehr bat bisher nicht stattgefunden, da es sich um eine reine Polizeiaktion handelt. Es sind jedoch alle Vorbereitungen für das Einschießen von Reichswehr getroffen worden, falls die Polizeitruppe für die Unterdrückung der Aufstände nicht mehr genügen sollten. Wie aber versichert wird, ist die preußische Regierung fest überzeugt, dass der kommunistische Aufstand kurz vor dem Zusammenbruch steht. In Mitteldeutschland sind bisher im ganzen etwa 1400 Ausländer festgenommen worden.

Die Eroberung der Pausawerke.

Gestern morgen in früher Stunde wurde das Pausawerke genommen. Dem mutterbald durchgeföhrt Angriffe wurde zunächst heftiger Widerstand geleistet. Es ist als ein das Werk umgebender hoher Bretterzaun durch die stürmende Gruppe des Grafen Bonnici überwunden und hinter die Zinne Maschinengewehr in Stellung gebracht worden waren, ließ der Widerstand der Aufständischen nach. Ein Entkommen war für die Eingeklossenen unmöglich, da von Norden die Gruppe Merseburg, von Süden eine kombinierte Gruppe Görlitz das Werk eingeschlossen hatte und außerdem die Brücke über die Saale durch Lastkraftwagen mit bewaffneten Mannschaften gehoben war. Sämtliche Truppen, die an der Unterwerbung beteiligt waren, standen unter der Leitung des Obersten Küller. Es wurden bisher tausend Gefangene gezählt. Die Beute an Material ist sehr groß.

Verhöfung der Lage in Halle.

Nachdem die Einnahme der Pausawerke in der Arbeiterstadt in Halle bekannt geworden war, wurde dort die Elektrizitätserzeugung stillgelegt. Die Stadt ist ohne Licht. Der elektrische Nahverkehr ruht. Die Stilllegung der übrigen städtischen Werke (Gas und Wasser) ist gleichfalls zu erwarten.

Eine weitere Weidung aus Halle besagt: Gestern nachmittag übertrug der Generalstab auch auf das Elektrizitätswerk, die Eisenbahnen liegen auf offener Straße. Die Situation hat durch diese Arbeitseinschließungen eine äußerst gespannte Spannung erzeugt. So hat der Aufstand, als ob die Arbeiter aus der Umgebung nach Halle gekommen seien. In der Bevölkerung befürchtet man achtbarerweise einen Angriff auf die Stadt. Wenn nicht bald Wandel eintreffe, der verdeckte Belagerungszustand besteht noch. Gestern morgen fand man in Halle Eisenbahnen, welche vom „Oberbefehlshaber Halle“ konspirierte Bewaffnungsträger, welche vom „Oberbefehlshaber Halle“, konspirierte Bewaffnungsträger,

die Übereinstimmung der mit der Aufruhrbewegung zusammenhängenden politischen Strata sind durch Verordnung des Reichspräsidenten außerordentliche Gerichte eingerichtet worden, welche die beobachteten Verstöße der in großer Zahl verdeckten Personen anstreben darf belasteter ordentlichen Gerichte zur Aufgabe haben. Diese außerordentlichen Gerichte, die mit drei zivilen Beurtheilern bestehen und bestimmte schweren Straftaten (Drohverset-

